



Nr. 1

6. Januar 2022

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Zahl der Beschäftigten steigt zu langsam

[Einstellungsoffensive für den öffentlichen Dienst gefordert](#)

„Bleibebarmeter Öffentlicher Dienst“

[Jobzufriedenheit und Wertschätzung stärken,
Abwanderung verhindern](#)

dbb jugend

[Regierungswechsel, Corona-Pandemie, Bundesjugendtag:
2022 steht viel an](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

[Besoldung: Länder-Tarifergebnis wird übertragen](#)

Baden-Württemberg

[Verfassungskonforme Besoldung: Gesetzgebung soll
im Herbst 2022 stehen](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG)

[Corona-Proteste: Wendt warnt vor zunehmender Gewalt](#)

dbb Bildungsgewerkschaften

[Corona-Pandemie: Sondersitzung der Kultusministerkonferenz](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Zusätzliche Rückzugsräume für das Zug- und
Sicherheitspersonal gefordert](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Zahl der Beschäftigten steigt zu langsam Einstellungsoffensive für den öffentlichen Dienst gefordert

Erstmals seit 1999 arbeiten wieder fast fünf Millionen Menschen im öffentlichen Dienst. Angesichts der anstehenden Altersabgänge sind das aber immer noch zu wenige, warnt der dbb.

Knapp 4,97 Millionen Beschäftigte arbeiten für Bund, Länder und Gemeinden. So viele waren es zuletzt Ende der 90er-Jahre. „Es war bitter nötig, dass die Trendwende geschafft wurde. Denn trotz der Zuwächse fehlen uns immer noch deutlich über 300.000 Leute“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach bei der Veröffentlichung des „Monitor öffentlicher Dienst“ am 3. Januar 2022. „Die Zahl umfasst sowohl unbesetzte Stellen als auch Schätzungen zu notwendigen Neueinstellung für eine adäquate Aufgabenerledigung. Wenn man sich alleine die erweiterten Betreuungsansprüche für Kleinkinder und die wissenschaftlich empfohlenen Betreuungsschlüssel anschaut, erkennt man die Notwendigkeit einer Einstellungsoffensive sofort. Und das ist nur ein Beispiel unter vielen.“

Das Problem werde sich in den kommenden Jahren nochmal enorm verschärfen. „Fast 1,3 Millionen Beschäftigte sind bereits heute über 55 Jahre und werden damit in absehbarer Zeit altersbedingt ausscheiden. Angesichts der demografischen Entwicklung wird es eine riesige

Herausforderung, entsprechend Nachwuchskräfte zu gewinnen – zumal die Privatwirtschaft ja vor ähnlichen Problemen steht und der Wettbewerb dadurch noch deutlich härter wird“, erklärte der dbb Chef. „Wer meint, die drohende Lücke durch die Digitalisierung von Arbeitsabläufen schließen zu können, ist auf dem Holzweg. Denn erstens erfordert die Modernisierung kurzfristig eher mehr Personal und zweitens wächst die Zahl der Aufgaben durch politische Entscheidungen ständig weiter.“

Der internationale Vergleich zeige zudem, dass Deutschland für seinen öffentlichen Dienst eher bescheidene Mittel aufwende. Silberbach: „Im OECD-Vergleich liegen wir im Mittelfeld bei den Ausgaben für die allgemeine öffentliche Verwaltung. Und gemessen an der Gesamtbeschäftigtenzahl arbeitet bei uns sogar ein sehr geringer Teil im Staatsdienst. Auch das zeigt: Die immer wieder erzählte Geschichte über den aufgeblähten öffentlichen Dienst ist nur ein längst widerlegtes Vorurteil.“

„Bleibebarmeter Öffentlicher Dienst“ Jobzufriedenheit und Wertschätzung stärken, Abwanderung verhindern

Laut dem „Bleibebarmeter“ von Next:Public und der Hertie School können sich 80 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst vorstellen, den Arbeitgeber zu wechseln.

Von einem möglichen Wechsel in die Privatwirtschaft erhoffen sie sich vor allem eine bessere Bezahlung, mehr Flexibilität, bessere Ausstattung und Wertschätzung der Arbeit. „Dass sich die Kolleginnen und Kollegen nicht ausreichend wertgeschätzt fühlen – finanziell und anderweitig – ist ein absolutes No-Go. Wenn die öffentlichen Arbeitgeber nicht riskieren wollen, dass sich neben den demografiebedingten Abgängen auch noch ein Trend zum freiwilligen Wechsel in die Privatwirtschaft herausbildet, müssen sie schnell gegensteuern“, kommentierte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 5. Januar 2022 die Untersuchungsergebnisse. Gemeinsam mit Next:Public hatte der dbb im Frühjahr 2021 zu der Befragung aufgerufen, um ein Stimmungsbild zur Arbeitsplatzzufriedenheit der öffentlich

Bediensteten zu gewinnen. Neben Wechselbereitschaft, Zufriedenheit und Weiterempfehlungsrates ging es in der Studie auch um Führungskultur sowie Werte und Ziele der Behörde.

Das „Bleibebarmeter“ hat zwar gezeigt, dass die Mehrheit der öffentlich Bediensteten zufrieden mit ihrer eigenen Arbeit ist, jedoch die Zufriedenheit mit dem Arbeitgeber deutlich geringer ausfällt. Hierzu tragen verschiedene Aspekte, zum Beispiel eine fehlende Feedbackkultur oder mangelnde Weiterentwicklungsmöglichkeiten, bei. Die Studie zeigt außerdem wie wichtig es ist, die Personalbindung bereits bei der Einstellung anzugehen. Nur die Hälfte der Befragten gab an, dass ihre Einarbeitung gut oder eher gut war. Ähnlich mittelmäßig wird

die Feedbackkultur in Behörden bewertet: Lediglich 43 Prozent geben an, dass sie regelmäßig Lob oder Kritik von ihren direkten Vorgesetzten bekommen. Silberbach: „Bund, Länder und Gemeinden sollten massiv und dauerhaft in die Aus- und Fortbildung, vor allem auch ihrer Führungskräfte investieren. Die Führungskultur in Betrieben und Dienststellen muss dringend verbessert werden. Neben den überfälligen Investitionen in technische Ausstattung

zeigt uns das Bleibebarmeter, dass auch Investitionen in Personal und Organisationsentwicklung dringend geboten sind. Bei der Bezahlung kann der öffentliche Dienst oft schon nicht mit der Privatwirtschaft konkurrieren. Umso wichtiger, dass wir Mitarbeitendenbindung über positive Führungskultur und Jobzufriedenheit herstellen.“

dbb jugend

Regierungswechsel, Corona-Pandemie, Bundesjugendtag: 2022 steht viel an

Die dbb jugend erwartet ein arbeitsreiches Jahr 2022.

Die Pandemie hat nicht nur die Privatleben der Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt, sondern auch die Stärken und Schwächen des Staates aufgezeigt. Zu viele systemrelevante Berufe zeigten zunehmend ihre Fragilität, da sie gravierend unterbesetzt sind. Die erste Möglichkeit, im neuen Jahr zu zeigen, was bis dato aus der Corona-Pandemie gelernt wurde, werden die Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst sein. „Während viele Berufstätige die Möglichkeit hatten, aus dem Homeoffice zu arbeiten, leisteten Erzieher*innen, Kinderpfleger*innen und Sozialassistent*innen wahrscheinlich noch mehr Arbeit als sonst. Der besondere Druck durch die Pandemie erfordert ebenso besondere Entlastungen der körperlichen und psychischen Gesundheit wie angemessene berufliche Perspektiven“, forderte dbb jugend Chefin Karoline Herrmann zum Jahresauftakt.

Das interne Verbandsjahr startet mit der dbb Jahrestagung am 10. Januar 2022. Der Schwerpunkt werde dieses Jahr auf wichtigen Zukunftsthemen der Jugend liegen, betonte Herrmann, wie zum Beispiel die Zeit nach der

Corona-Pandemie, der digitale Wandel oder Klimaschutz. Insbesondere werde das erste halbe Jahr jedoch vom Bundesjugendtag am 6. und 7. Mai in Berlin geprägt. Herrmann: „Auf dem Bundesjugendtag werden wir ein neues Vorstandsteam wählen und den neuen inhaltlichen Kompass für die kommenden fünf Jahre bestimmen. Mit dem Mitmachenantrag können diesmal alle Mitglieder ihre Ideen und Vorschläge digital miteinbringen. Damit einher wird der Relaunch des dbb jugend magazin t@cker gehen, der in diesem Jahr unter dem Namen #staatklar neu aufgelegt wird.“

Nicht zuletzt starte das neue Jahr auch mit einer neuen Bundesregierung, die sich von Corona-Pandemie über Klimakrise, steigende Inflation, inakzeptable Mietpreise bis hin zur schleppend anlaufenden Digitalisierung einiges vorgenommen habe. „Viele dieser Probleme betreffen vor allem junge Generationen überdurchschnittlich, weswegen wir uns besonders auf die Zusammenarbeit freuen – genauso groß wie unsere Freude ist aber auch unser Wille, auf die zügige Beantwortung dieser Fragen zu drängen“, so Herrmann.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

Besoldung: Länder-Tarifergebnis wird übertragen

Der DBB NRW hat im Gespräch mit Ministerpräsident Hendrik Wüst und Finanzminister Lutz Lienenkämper am 5. Januar 2022 die schnelle 1:1-Übertragung des Länder-Tarifergebnisses auf die Landesbeamtinnen und -beamten begrüßt, bemängelt aber weiterhin die Nichtberücksichtigung der Pensionärinnen und Pensionäre.

Der DBB Landesvorsitzende Roland Stauder lobte den konstruktiven Charakter der Gespräche sowie den Entschluss der Landesregierung, die Ergebnisse des Tarifabschlusses vom 29. November 2021 zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten in NRW zu übertragen. Dies beinhaltet unter anderem eine spätestens bis zum 31. März 2022 auszahlende „Corona-Sonderzahlung“ als steuerfreie Einmalzahlung in Höhe von 1.300 Euro sowie eine lineare Erhöhung der Bezüge um 2,8 Prozent am 1. Dezember 2022. „Dies ist allerdings kein Anlass, die Sektorkorrekturen zu lassen. Denn wir mussten leider auch eine Kröte schlucken“, erklärte Stauder. Denn die „Corona-Sonderzahlung“ werde nur an aktive Beamtinnen und Beamte ausgezahlt. Pensionärinnen und Pensionäre gingen leer aus. Der DBB forderte daher nachdrücklich eine

Kompensation, die allerdings von der Landesregierung abgelehnt wurde.

Doch der DBB Landesbund arbeitet weiter an Lösungsansätzen für die Pensionärinnen und Pensionäre – und zwar im Rahmen der anstehenden Gespräche zum Attraktivitätsgesetz. Bereits am 10. Februar soll eine Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags stattfinden. Finanzminister Lienenkämper hatte bereits angekündigt, dass noch in dieser Legislaturperiode die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2020 zu einer amtsangemessenen Alimentation umgesetzt werden soll. Der DBB NRW wird in diesen Gesprächen seine Forderungen zur Steigerung der Attraktivität und zur verfassungsgemäßen Grundbesoldung einbringen, unter besonderer Berücksichtigung der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger.

Baden-Württemberg

Verfassungskonforme Besoldung: Gesetzgebung soll im Herbst 2022 stehen

Der BBW – Beamtenbund Tarifunion (BBW) hat erfreut zur Kenntnis genommen, dass die Landesregierung in 2022 die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) für eine verfassungskonforme Besoldung umsetzen will.

Damit komme das Land schließlich auch einer langjährigen Forderung des BBW nach, die seine Organisation bereits aufgrund früherer BVerfG-Urteile und im Zusammenhang mit dem Färber-Gutachten im Jahr 2017 erhoben habe, erklärte BBW Chef Kai Rosenberger am 20. Dezember 2021 in Stuttgart.

Die Vorbereitung zur Umsetzung der BVerfG-Entscheidungen soll dem Vernehmen nach im Frühjahr beginnen und das gesamte Gesetzgebungsverfahren im Herbst 2022 abgeschlossen sein. Diesen Zeitplan und die anstehenden Maßnahmen haben Finanzminister Danyal Bayaz und BBW Chef Kai Rosenberger kurz vor Weihnachten in einer Videokonferenz erörtert.

Geplant ist demnach ein 4-Säulen-Modell, womit Eingangssämter angehoben, der abgesenkte Beihilfebemessungssatz durch das Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014 zurückgenommen und ausgehend von Besoldungsgruppe A7 bis A14 die kinderbezogenen Familienzuschläge für das erste und zweite Kind erhöht werden. Zudem soll in allen Besoldungsgruppen der kinderbezogene Familienzuschlag für das dritte und jedes weitere Kind angehoben werden.

Die Umsetzung gehe mit einer Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg (LBesGBW), des Landesbeamtengesetzes (LBG) und der Beihilfeverordnung (BVO) einher und werde zeitgleich mit der Anpassung

der Besoldung und Versorgung in den Landtag eingebracht. Mit dem Abschluss des Verfahrens rechne man derzeit im Herbst 2022, teilte der Finanzminister mit.

„In der Gesamtschau überwiegen die positiven Aspekte“, bewertete Rosenberger die Pläne der Landesregierung. Die Anhebung von Ämtern wirke sich auf die Gehälter der Beamtinnen und Beamten im mittleren und gehobenen Dienst aus und trage zugleich zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes in Baden-Württemberg bei.

Allerdings sei es äußerst ärgerlich, dass bei dem geplanten 4-Säulen-Modell bisher der höhere Dienst auf der Strecke bleibe, kritisierte der BBW Chef. Dafür würden insbesondere die unteren und mittleren Einkommen durch Ämterhebungen und eine Neustrukturierung der Erfahrungsstufen gestärkt. Hinzu komme die Rücknahme der abgesenkten Beihilfebemessungssätze durch das Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014.

Dass das Land bei der Beihilfe einlenkt, wertet Rosenberger als eindeutigen Erfolg des BBW. Er zeigte sich überzeugt, dass auch dies dazu

beitragen werde, den öffentlichen Dienst für Berufseinsteiger ein Stück weit attraktiver zu machen. Positiv für die Gewinnung von Nachwuchskräften wirkten sich zudem die Einkommensverbesserungen aus, insbesondere im mittleren Dienst, durch die teilweise modifizierte Besoldungsstruktur und die Erhöhung der kinderbezogenen Familienzuschläge. Nach Einschätzung des BBW dürften davon insbesondere die Steuer- und Justizverwaltung, die technischen Verwaltungen, die Polizei und die Kommunalverwaltungen profitieren.

Der BBW hätte zwar eine Neuordnung der gesamten Besoldungsstruktur bevorzugt, räumte Rosenberger ein. Doch eine Anhebung der Grundgehälter mitsamt der Einhaltung der Abstandsgebote zwischen den Besoldungsgruppen, sei – auch in Anbetracht der immensen Kosten infolge der Corona-Pandemie – nicht durchsetzbar gewesen. Dies hätte das Land nämlich 2,9 Milliarden Euro mehr pro Jahr gekostet. Die jetzt gefundene Lösung trage der BBW in weiten Teilen mit, sagte Rosenberger und wies darauf hin, dass Baden-Württemberg mit dem geplanten 4-Säulen-Modell im Ländervergleich gegenwärtig den Spitzenplatz einnehme.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Corona-Proteste: Wendt warnt vorzunehmender Gewalt

Der DPoIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt erwartet immer größere Proteste gegen den Corona-Kurs der Regierung und warnte im Gespräch mit FOCUS Online am 5. Januar 2022 vor neuen Gewalt-Szenarien.

Der Rechtsstaat werde „in nie gekannter Weise“ herausgefordert, so Wendt. „Leider muss man damit rechnen, dass die Proteste sich verstärken und es zu neuen Formen der Auseinandersetzung kommen kann. Dazu zählen ausdrücklich auch unfriedliche Aktionen.“ Allein zum Wochenbeginn hätten überall in Deutschland mehrere zehntausend Menschen

gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie demonstriert, oft bei nicht genehmigten „Spaziergängen“. Zwar seien die Aktionen größtenteils friedlich gewesen, in einigen Städten sei es jedoch zu Gewaltausbrüchen gekommen, bei denen mehrere Polizisten verletzt wurden.

dbb Bildungsgewerkschaften

Corona-Pandemie: Sondersitzung der Kultusministerkonferenz

Am 5. Januar 2022 hat sich die Kultusministerkonferenz (KMK) zu einer Sondersitzung getroffen, um über den Umgang mit der Corona-Pandemie im Schulbetrieb nach den Feiertagen zu beraten – insbesondere mit Blick auf die sich schnell ausbreitende Omikron-Variante.

Bereits im Vorfeld forderte Susanne Lin-Klitzing, die Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbands (DPHV): „Wir brauchen einen Stufenplan, der sich an Inzidenz, Impfquote und Hospitalisierungsrate orientiert und je nach Lage vor Ort entsprechend umgesetzt werden kann. So sind Schülerinnen, Schüler, Lehrkräfte und Eltern vorbereitet, geeignete Maßnahmen werden planbar und es wird mehr Vertrauen in politische Schulentscheidungen geschaffen.“ Dazu gehöre auch ein Plan, der festhält, bis zu welchem Quarantäne-Prozentsatz von Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern weiter „voller Präsenzunterricht“ geleistet werden kann. Einheitliche Kriterien schützten außerdem auch vor politischen Alleingängen in einzelnen Bundesländern und gewährleisteten trotzdem ein regional angepasstes Handeln. Lin-Klitzing: „Gerade in einem Jahr, in dem vier Landtagswahlen anstehen, sollte die Corona- und Schulpolitik kein Wahlkampfinstrument sein. Wir erwarten von den Kultusministerinnen und -ministern stattdessen vorausschauendes und verantwortungsbewusstes Handeln im Sinne der Kultushoheit der Länder.“

Gleichzeitig wies die DPHV Chefin darauf hin, dass die Vorbereitungen für den Präsenzunterricht immer noch nicht gut genug sind: „Wir brauchen ausreichend FFP2-Masken, niedrigschwellige Impfangebote für Schülerinnen und Schüler mit Beratung für die Eltern, Booster-Angebote für die Lehrkräfte und PCR-Tests für die Schulgemeinden, dreimal die Woche. Da an den Schulen weiterhin regelmäßig gelüftet werden muss, wäre es neben weiteren Maßnahmen gut, wenn nachts die Heizungstemperatur nicht mehr abgesenkt wird, damit die Schulgebäude nicht auskühlen und eine höhere Grundtemperatur trotz Lüften alle 20 Minuten erhalten bleibt.“ Lin-Klitzing wiederholte außerdem die Forderung, die Bedingungen für Distanzunterricht zu verbessern. „Bei der derzeitigen Lage müssen sowohl die Bedingungen für den Präsenzunterricht als auch für einen möglichen Distanzunterricht von den Kultusministerinnen und Kultusministern verbessert werden – und zwar schnell. Außerdem muss das Programm zum Aufholen nach Corona endlich wirksam ausgestaltet werden, damit diejenigen Schülerinnen und Schüler, die in den Distanzunterricht müssen, bestmöglich

gefordert und gefördert werden“, so Lin-Klitzing.

Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), zeigte sich im Anschluss an die KMK-Sitzung von den Ergebnissen enttäuscht: „Dass die KMK erneut keine klaren Standards definiert, welche Maßnahmen bei einem bestimmten Infektionsgeschehen zu ergreifen sind, sondern die Verantwortung an die Schulen abschiebt, ist ein Armutzeugnis. Schulleiterinnen und Schulleiter sind keine Virologinnen und Virologen und sollten keine entsprechenden Entscheidungen treffen müssen. Es ist unbestritten, wie wichtig Präsenzunterricht für die kognitive und sozial-emotionale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ist und welche Entlastung hierdurch für Eltern gegeben ist. Aber zu einem Unterricht vor Ort gehört auch, dass alle, die mit Schule in Berührung kommen, ausreichend geschützt werden. Dies sicherzustellen, ist in den letzten fast zwei Jahren weitgehend versäumt worden. Jetzt sind wir aufgrund des dynamischen Infektionsgeschehens wieder an einem Punkt, wo uns die bereits vor der Pandemie von der Politik verweigerten angemessenen Investitionen in Personalausstattung, Infrastruktur und digitale Ausstattung auf die Füße fallen können. Anstatt Verantwortung zu übernehmen, flüchtet sich die KMK in Plattitüden und Anregungen, ohne konkrete Vorschläge zu machen. Die Frage, wie belastbare Testoffensiven bei der herrschenden Überlastung in den Schulen, Gesundheitsämtern und Laboren durchgeführt werden können, bleibt offen. Auch wie man dem verstärkten Lehrkräftemangel, der durch zunehmende Quarantäneanordnungen entsteht, Rechnung tragen will, fand leider keine Beantwortung.“

Der VBE forderte vor dem Hintergrund der steigenden Infektionszahlen, schnell und beherzt den wissenschaftlichen Empfehlungen der Expertinnen und Experten zu folgen. „Die Schulen brauchen klare Richtlinien für den Umgang mit Infektionen. Anhand der Inzidenzen, der Hospitalisierungsrate und der Impfquote aber auch der räumlichen Situation, müssen endlich transparente bundeseinheitliche Regeln her, an denen sich alle Gesundheitsämter orientie-

ren müssen. Ein bestimmtes Infektionsgeschehen muss konkrete, ausgewogene und realisierbare Maßnahmen nach sich ziehen. Der Dienstherr muss Schulleitungen hier vollumfänglich zur Seite stehen. Die Wahrung von Mindestabständen ist in der überwiegenden Zahl der Schulen angesichts von zu kleinen Räumen für zu große Klassen nicht einhaltbar. Dauerlüften bei winterlichen Temperaturen birgt ein zusätzliches Gesundheitsrisiko für Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte. Dass die zurückliegenden Monate nicht konsequent genutzt wurden, um Luftfilteranlagen und Luftreiniger zu installieren, kommt erschwerend hinzu. Schulen ‚von oben‘ zu sicheren Orten zu deklarieren, obwohl man im Sommer nicht die notwendigen Maßnahmen ergriffen hat, macht mich fast sprachlos“, so Beckmann.

Auch Joachim Maiß, Vorsitzender des Bundesverbandes der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB), hatte bereits am Vortag der KMK-Sitzung deutliche Worte gefunden. Noch immer halte die Politik einzig an den AHA-L-Regeln fest, um das Virus im Schulalltag zu bändigen und die Schulen offen zu halten. „Das ist absurd. Drohende Schulschließungen kommen einem Versagen der Politik gleich und können verhindert werden. Dafür muss nur das zur Verfügung stehende Instrumentarium konsequent genutzt werden. Selbst wenn mit Omikron der Schrecken der Pandemie verfliegen könnte, weil das Virus nicht so gefährlich, aber

deutlich ansteckender ist und so das Infektionsgeschehen endemisch wird, bleibt die Gefahr für eine Erkrankung in den nächsten Wochen groß. Wenn dann immer mehr Kolleginnen und Kollegen in Folge von Impfdurchbrüchen erkranken und damit ausfallen, stoßen die beruflichen Schulen an ihre Funktionsgrenzen. So kollabiert das System, weil Unterricht nicht mehr erteilt werden kann. Das ist nur zu verhindern, wenn alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um berufliche Schulen endlich zu einem sicheren und zugleich technisch zukunftsfähigen Ort zu machen“, so Maiß.

Präsenzunterricht sei für die Berufsbildner elementar und könne auf Dauer nicht durch reinen Distanzunterricht ersetzt werden. „Aber im Falle eines Falles muss guter Distanzunterricht möglich sein. Die nach wie vor mangelnde digitale Ausstattung an den Schulen, die fehlende Gigabitverbindung in der Fläche und Datenschutzprobleme offenbaren, dass Deutschland nach wie vor ein digitales Entwicklungsland ist und nicht darauf vorbereitet ist, überall guten Distanzunterricht gewährleisten zu können. Dieser ist aber nötig, wenn Lehrkräfte in großer Zahl ausfallen oder Quarantänemaßnahmen greifen. Angesichts der Tatsache, dass das griechische Alphabet noch einige Buchstaben mehr zur Verfügung hat als bisher durch Virusvarianten belegt sind, ist der Handlungsdruck mehr als gegeben“, so der BVIB-Chef.

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

Zusätzliche Rückzugsräume für das Zug- und Sicherheitspersonal gefordert

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hat am 3. Januar 2022 gefordert, bei Neufahrzeugen und Umbauten von Bestandsfahrzeugen zusätzliche Rückzugsräume für das Zug- und Sicherheitspersonal vorzusehen.

Im Positionspapier „Mindestens vier Quadratmeter für unsere Sicherheit!“ begründet die GDL die Notwendigkeit solcher Rückzugsmöglichkeiten und definiert die Anforderungen an die entsprechenden Räumlichkeiten. Demnach verfügen immer weniger Fahrzeuge im Eisenbahnverkehr über Dienstabteile. Oftmals dienen unbesetzte Führerräume als Rückzugsmöglichkeit, doch Zugbegleitern ohne betriebliche Aufgaben oder Mitarbeitern des Sicherheitspersonals werde auch diese Möglichkeit oft verwehrt.

Aus Sicht der GDL besteht hier dringender Handlungsbedarf: „Dem Schutz- und Regenerationsbedürfnis der Mitarbeiter muss durch die

Bereitstellung geeigneter Rückzugsräume dringend Rechnung getragen werden“, so der GDL Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Wesselsky. „Dies gilt umso mehr angesichts der deutlichen erhöhten Belastung des Zugpersonals durch die Corona-Pandemie.“

Im Zuge der zunehmenden Verrohung der Gesellschaft leide das Zugbegleitpersonal ohnehin seit Jahren unter einem massiven Anstieg verbaler Übergriffe und körperlicher Attacken. „Als wäre das noch nicht genug, müssen sich die Kolleginnen und Kollegen seit Beginn der Pandemie nun auch noch mit aggressiven Impfgegnern auseinandersetzen“, so Wesselsky. „Wir meinen: Nun ist die Grenze der

Belastbarkeit nicht nur erreicht, sondern bei weitem überschritten. Wir fordern den Schutz der Mitarbeiter und einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Zugpersonal.“

Die entsprechenden Räume in Zügen seien dabei ein wichtiger Baustein im umfangreichen

Forderungspaket der GDL zum Bereich Sicherheit, Gewalt und belastende Ereignisse. Sie erlauben es dem Zugpersonal, sich insbesondere Gefahren- oder Stresssituationen schnell zu entziehen und den Konflikt über Ansagen im Zug oder mittels Meldung an die Leitstelle zu entschärfen oder Hilfe anzufordern.

Namen und Nachrichten

Mit Blick auf den Verhandlungsstart für den Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) Ende Februar 2022 hat der **dbb** am 22. Dezember 2021 seinen aktualisierten Forderungskatalog bekanntgeben. Dabei geht es unter anderem um die Verbesserung und Überarbeitung von Eingruppierungsmerkmalen, die Anpassung und

Öffnung von Stufenlaufzeiten, einen Rechtsanspruch auf Qualifizierung sowie die entsprechende Anerkennung von Fort- und Weiterbildungen. Alle Informationen zu den Verhandlungen werden unter www.dbb.de/sue gebündelt.

Termine

10. Januar 2022

63. dbb Jahrestagung

„Einfach machen – Investition und Innovation für unser Land“

www.dbb.de/jahrestagung
